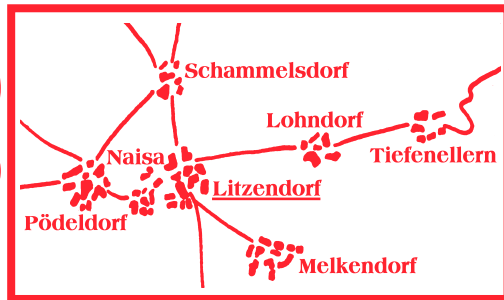


Ellertal **Post**



Kommunale Zeitung des SPD-Ortsvereins Ellertal

Unabhängig, subjektiv, politisch, polemisch, ohne Rücksicht auf die Interessen der großen Politik – fürs Ellertal gemacht

Ausgabe 1/2011

Juni 2011

Gebt der Arbeit wieder einen Wert

Nichts hat den Wert der Arbeit so in Frage gestellt wie die Verheißung auf „anstrengungslosen Wohlstand“ durch das Jonglieren mit Finanzprodukten. Die Krise hat die Ideologie als Irrweg entlarvt, schrieben Sigmar Gabriel und Michael Sommer in einem Gastbeitrag für die FAZ am 30.4. – und forderten zum Tag der Arbeit den grundlegenden Perspektivenwechsel.

Für die liberalen Vordenker des Kapitalismus war die Sache noch klar: „It is labour indeed that puts the difference of value on every thing“, schrieb John Locke schon 1690. Arbeit ist die Grundlage aller Wertschöpfung. Dieses Wissen ist bei Lockes heutigen Epigonen verloren gegangen. Die Fixierung auf die Kapitalmärkte und die unausgesprochene Hoffnung, durch das Jonglieren mit Finanzprodukten ließe sich „anstrengungsloser Wohlstand“ erreichen, hat die Welt in die schwerste Krise seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhundert geführt. Sie scheint überwunden, aber gebannt ist sie nicht. Nichts ist in diesem Hype der Finanzmarktorientierung mehr in Gefahr geraten als der Wert der Arbeit. Nicht nur im materiellen Sinn, sondern vor allem

auch als Orientierungspunkt für die Entwicklung unserer gesamten Gesellschaft. Uns droht das Bewusstsein verloren zu gehen, dass es der Wert der Erwerbsarbeit ist, der Zusammenhalt und Wohlstand begründet. Der Tag der Arbeit Anlass genug, diesen Aspekt verstärkt in den Mittelpunkt der notwendigen Debatte über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu rücken.

Die Wertschätzung von Arbeit und Leistung hat unsere Wirtschaft stark und international führend gemacht. Und dieses Arbeitsethos ist immer noch jeden Tag in Deutschland zu erleben. Er ist zu spüren bei den Facharbeitern, die in der Krise auf tarifliche Leistungen verzichten haben, damit es mit ihrem Betrieb weiter geht. Er zeigt sich bei den Polizistinnen, Busfahrerinnen und Feuerwehrleuten, die im Schichtdienst auch nachts und am Wochenende den Menschen Sicherheit geben und dafür sorgen, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Und wer einmal erlebt hat, wie sehr sich Pflegekräfte für ihre Patienten engagieren, der weiß, wie hoch das Berufs- und Arbeitsethos in Deutschland ist. Es muss uns die Schamesröte ins Gesicht treiben, dass

einige den Pflegekräftemangel statt mit besserer Bezahlung mit Zuwanderung zu noch schlechteren Arbeitsbedingungen lösen wollen.

Die Menschen in Deutschland wollen arbeiten. Aber die Entwicklungen in Deutschland drohen dieses Arbeitsethos dauerhaft zu untergraben. Dagegen wenden sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Die Arbeiterbewegung hat von Anfang an dafür gekämpft, dass die Arbeit als Quelle allen Reichtums und aller Kultur geachtet wird. Und dass die, die diese Arbeit verrichten, in Würde leben. Eine Selbstverständlichkeit ist dies noch immer nicht: Frauen erhalten im Durchschnitt ein Viertel weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen, Minijobs verdrängen reguläre Arbeitsplätze, Leiharbeiter arbeiten für weniger Geld und zu schlechteren Bedingungen, Ältere werden aus den Betrieben gedrängt, Jüngere hangeln sich trotz guter Ausbildung oder Studium von Befristung zu Befristung. 1,3 Millionen Menschen in Deutschland verdienen mit ihrer Arbeit so wenig, dass sie als „Hartz-IV-Aufstocker“ zu-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

sätzlich auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Gerade hier, im Niedriglohnbereich, ist vieles aus den Fugen geraten. Im Namen von Flexibilisierung und Deregulierung wurden Schutzmauern eingerissen, die gerade für Menschen mit geringerer Qualifikation unverzichtbar sind. Nirgendwo sonst ist die Entwertung von Arbeit so greifbar wie hier. Nirgendwo sonst ist der Arbeiterstolz, der dieses Land aufgebaut und zu Wohlstand geführt hat, so beschädigt wie bei jenen, die hart arbeiten und trotzdem nicht davon leben können.

Arbeit bedeutet Anstrengung. Aber Anstrengung wird nur erbracht, wenn damit realistische Hoffnungen auf ein besseres Leben verbunden sind. Und auch nur dann, wenn sich alle anstrengen und der Lohn der Anstrengung gerecht verteilt wird. Von all dem sind wir in Deutschland und in weiten Teilen Europas weit entfernt. Von guten und fairen Löhnen ebenso wie von einer sozial gerechten Verteilung des Wohlstands und der Lasten in unserer Gesellschaft. Mindestlöhne sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit. Aber damit sich Anstrengung lohnt und damit das Vertrauen in die Arbeitsgesellschaft wieder wächst, muss mehr geschehen. Dazu gehören Tariflöhne und soziale Sicherungssysteme, die auch wirklich helfen, wenn sie bei Krankheit oder im Alter gebraucht werden. Dazu gehört der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, in der Leiharbeit ebenso wie zwischen den Geschlechtern. Dazu gehört, dem Arbeitsmarkt wieder eine gerechte Ordnung zu geben, gerade im Niedriglohnbereich, wo in der Vergangenheit jegliche Ordnung verloren gegangen ist –

zulasten der Beschäftigten. Die robuste Konjunktur und die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bieten die Chance, wieder klare Regeln aufzustellen, die die Menschen vor Ausbeutung und Lohndumping schützen. Denn gut bezahlte und sichere Arbeit ist die Grundlage für Anstrengung, Innovation und langfristigen wirtschaftlichen Erfolg. Das muss wieder ins Zentrum von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft rücken!

Mehr Mitbestimmung am Haben und Sagen in der Gesellschaft und in den Unternehmen. Und eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, die der Arbeit ihren Wert zurückgibt. Darum geht es. Und das

ist nicht nur eine Frage des volkswirtschaftlichen Nutzens. Es geht auch um unsere innere Verfassung: Wer eine fortschrittliche Gesellschaft will, der muss den Wert des Menschen und den Wert seiner Arbeit wieder schätzen lernen. Denn Deutschland bleibt nur als Arbeitsgesellschaft zukunftsfähig.

Soweit die gemeinsamen Aussagen von SPD und Gewerkschaft. Es wird höchste Zeit, das Ruder herum zu reißen und wieder sinnvolle und zukunftsfähige Ziele für alle Menschen – und nicht nur für einige wenige – aufzuzeigen. Die SPD hat solche im Angebot – sie braucht nur wieder Bürger, die sie mittragen.



Ob das die geeignete Maßnahme zur Verkehrsberuhigung ist? Jedenfalls produzierten die so heruntergebremsten Autos eine Menge Abgase. Gesehen in der Pödeldorfer Hauptstraße in Höhe Haderlein

Um es nochmals deutlich zu sagen:

Die SPD ist die Partei für soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und Anerkennung

Herkunft darf kein Schicksal sein – das ist der Anspruch der SPD seit ihrer Gründung! Dieser Anspruch gilt heute mehr denn je. Er gehört zum Kern unserer sozialdemokratischen Grundüberzeugungen und ist Leitlinie unserer Politik für soziale Teilhabe und Gleichberechtigung. Damit verbindet sich die Überzeugung, dass jeder Mensch in unserer Gesellschaft die gleiche Würde und den gleichen Wert besitzt. Niemand ist von Geburt an auf einen bestimmten Lebensweg festgelegt.

Gleichberechtigung und freie Selbstbestimmung, die faire Chance auf gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung und eigene Leistung müssen für alle Menschen in unserer Gesellschaft gleichermaßen gelten – unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft, von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung. Das meinen wir, wenn wir von einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft als Ziel unserer Politik sprechen.

Zu dieser Politik gehört auch, dass wir kulturelle Vielfalt als eine Ressource für den Reichtum unserer Gesellschaft anerkennen und fördern. Deutschland ist bereits jetzt eine multi-kulturelle, vielfältige Gesellschaft, in der Integration millionenfach gelungen ist. Die Vorstellung, es gebe eine einheitliche, homogene Gesellschaft ist dagegen eine Illusion. Einer Abwertung von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen stellen wir uns entschieden

entgegen und tun alles dafür, um Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung zu überwinden. Wir wollen, dass Menschen aus Einwandererfamilien die gleichen Chancen haben wie alle anderen auch. Unser Ziel ist es, die Lebenschancen davon zu entkoppeln, ob jemand deutscher oder nicht-deutscher Herkunft ist. Auf diese Weise wollen wir das volle Potential kultureller Vielfalt in unserer Gesellschaft entfalten.

Dies sind die Grundüberzeugungen und Leitlinien unserer Politik. Sie prägen das Selbstverständnis und die Haltung unserer Partei. Die SPD ist und bleibt die Partei für soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und Anerkennung, Gleichberechtigung und Partizipation.

Wir setzen uns dafür ein, dass man in unserem Land selbstverständlich und ohne Angst verschieden sein kann (aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 9. Mai 2011).

Dass ein Herr Sarrazin recht heftig die Diskussion mit seinem Buch vorangetrieben hat, viele Menschen meinten, dass er ihnen aus der Seele spräche und die SPD laut über einen Parteiausschluss nachdachte, ist Ausdruck eines lebendigen demokratischen Prozesses, der bestens geholfen hat, die Fronten zu klären, Argumente vernünftig und in Ruhe auszutauschen und letztendlich einen solchen Parteibeschluss zu Wege zu bringen. Herr Sarrazin war also Teil eines demokratischen Prozesses – und weiter nichts.

SCHICK NEUKUM SCHMID LANG KUNTKE MOTSCHENBACHER

RECHTSANWÄLTE / FACHANWÄLTE

Franz-Josef Schick

auch Fachanwalt für Familienrecht
auch Fachanwalt für Erbrecht

Tätigkeitsschwerpunkte:

Nationales und internationales Familienrecht
Nationales und internationales Erbrecht

Werner Lang

auch Fachanwalt für Familienrecht
und Dipl. Verwaltungswirt

Tätigkeitsschwerpunkte:

Familienrecht
Verwaltungsrecht und Bankrecht

Ulrich Neukum

auch Fachanwalt für Verkehrsrecht

Tätigkeitsschwerpunkte:

Zivilrecht
Verkehrsrecht
Privates Baurecht

Kerstin Kuntke

Tätigkeitsschwerpunkte:

Miet- und WEG-Recht (§4 FAO erfüllt)
Zivilrecht
Versicherungsrecht

Reinhard Schmid

auch Fachanwalt für Arbeitsrecht

Tätigkeitsschwerpunkte:

Unternehmensberatung
Wirtschaftsrecht
Arbeitsrecht

Karin

Motschenbacher

Tätigkeitsschwerpunkte:

Arbeitsrecht (§4 FAO erfüllt)
Wirtschaftsrecht
Familienrecht

Augustenstraße 2/2a 96047 Bamberg Tel. (09 51) 98 24 20 Fax (09 51) 2 61 88
info@rechtsanwaelte-schick.de www.rechtsanwaelte-schick.de

Live aus dem Kreistag

1. Sanierung Clavius Gymnasium

Spannend und von großem öffentlichen Interesse begleitet, war die Entscheidung der Kreisgremien über die Modernisierung und Erweiterung des Clavius Gymnasiums in Bamberg. Träger der Maßnahme ist der Zweckverband Gymnasien, gebildet zu $\frac{2}{3}$ aus den Landkreisen und zu $\frac{1}{3}$ aus der Stadt Bamberg.

In einer Sitzung des Zweckverbandes vom 22.11.2010 war von der Stadtverwaltung signalisiert worden, dass die bisherige Kostenschätzung von ca. 21 Millionen Euro nicht zu halten sein werde. Die Verwaltung hatte signalisiert, dass 30 Millionen Euro herauskommen.

In der Folgezeit konzentrierte sich die äußerst intensive Diskussion auf die Frage, ob eine Sanierung im Bestand, also inklusive der Martin-Schule stattfinden oder ob ein Gymnasium im Landkreis entstehen soll.

Nach intensiver Diskussion und mit breiter Mehrheit hat sich der Kreistag dann in seiner letzten Sitzung für die Variante Sanierung im Bestand des Clavius Gymnasiums inklusive Martin-Schule entschieden. Zustimmung für ein Gymnasium in Hirschaid kam nur aus Hirschaid selbst. Dort wurde alles mit Lokalbrille gesehen.

Die jetzt gefundene Lösung ist die beste, schnellste und effektivste für alle beteiligten Schüler, Eltern, Lehrer sowie die gesamte Bevölkerung.

Das Clavius Gymnasium wird in den nächsten 4 bis 6 Jahren mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 30 Millionen Euro saniert werden.



2. Haushalt

Bei nur 7 Gegenstimmen wurde der Haushalt für das Jahr 2011 verabschiedet, welcher Einnahmen von rund 93,5 Millionen Euro und Ausgaben in Höhe von 96,8 Millionen Euro vorsieht. Die Hauptbelastung für den Haushalt war, wie jedes Jahr, die Erhöhung der Bezirksumlage, welche ca. 20,2 Millionen Euro Belastung vom Landkreis mit sich bringt. Da auch bei den Schlüsselzuweisungen eine Reduzierung um 534.000,00 Euro gegeben war, hätte eigentlich der Landkreis seine Umlage um 5,8 % Kreisumlage erhöhen müssen. Erhöht wurde lediglich um 3 %, wobei die Mehrbelastung der 36 Kommunen sich auf rund 885.000,00 Euro belaufen hat.

Für die Gemeinde Litzendorf liegt die Mehrbelastung bei ca. 32.000,00 Euro.

Der Haushalt wurde mit breiten Mehrheiten verabschiedet.

Für die kommenden Jahre liegt wie immer der Schlüssel bei den Sozialausgaben und der Weiterleitung dieser Sozialausgaben, welche nicht vom Freistaat Bayern übernommen

werden, vom Bezirk auf die Landkreise.

3. Nahverkehrsverbund

Der Verkehrsverbund Nordbayern, VGN, arbeitet derzeit für die Stadt sowie den Landkreis einen Nahverkehrsplan aus. Eine erste Zwischenbilanz hat ergeben, dass die Gemeinde Litzendorf, bezogen auf die Verhältnisse in anderen Gemeinden, so schlecht nicht dasteht, wenngleich es großen Anpassungsbedarf gibt bei den Omnibus-Linien, insbesondere den nicht gekennzeichneten Haltestellen und möglicherweise schlechten Anbindungen an die Bahn.

Was nunmehr umgesetzt wird im Verhältnis Stadt Bamberg zum Landkreis Bamberg, wird in den nächsten Monaten entschieden. Schon jetzt ist aber eines absehbar. Nur wenn die Gemeinde Litzendorf bereit ist, in ihren Haushalt regelmäßige Zahlungen zur Verbesserung des ÖPNV aufzunehmen, wird eine Verbesserung der Anbindung des ÖPNV über den bis-

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

herigen Linienverkehr hinaus möglich sein.

Hierfür hat es in der Vergangenheit immer im Litzendorf Gemeinderat an einer Mehrheit gefehlt. Wir von der SPD sind dazu bereit. Die beste Lösung für Litzendorf wäre, wenn im Zuge der Erarbeitung des Nahverkehrsplanes die Gemeinde Litzendorf einen Stadtbusanschluss bekommen würde.

4. »gleiche Arbeit, gleicher Lohn«

Im Januar 2011 hat die SPD-Kreistagsfraktion im Kreistag einen Antrag eingereicht für den Bereich der gemeinnützigen Krankenhausgesellschaft des Krankenhauses Bamberg, also für die dort beschäftigten etwa 800 Mitarbeiter, einheitliche Regelungen für die Entgelte und die Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung vorzusehen.

Es gibt hier Mitarbeiter mit vier unterschiedlichen Regelungen, je nach dem Beginn ihrer Beschäftigung. Wir meinen, dass dies untragbar ist und wollen im Zuge der Beratungen erreichen, dass das Prinzip gilt: „gleiche Arbeit, gleicher Lohn“.

*Ihr Franz-Josef Schick
Fraktionsvorsitzender
im Kreistag*

Mindestlohn muss sein!

Zu den heute veröffentlichten Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit, dass die Zahl der Aufstocker im vergangenen Jahr um 4,4 Prozent und im Vergleich zu 2007 um 13 Prozent gestiegen ist, erklärt die stellvertretende Parteivorsitzende und Ministerin für Soziales und Gesundheit, Manuela Schwesig:

Die gute Nachricht des Tages ist, dass die Bundesagentur für Arbeit bis zum Herbst mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Wert seit 20 Jahren rechnet. Doch diese Nachricht ist nur die halbe Wahrheit, denn gleichzeitig wird gemeldet, dass die Zahl der Berufstätigen steigt, die trotz Arbeit auf SGB II-Bezüge und damit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Diese Entwicklung ist alarmierend. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen auch vom Lohn ihrer Arbeit leben können!

Die Zahlen der BA zeigen, dass dies für immer mehr Menschen nicht mehr gilt, weil Unternehmen Dumping-Löhne zahlen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Ostdeutschland sind von diesem Missstand überproportional stark betroffen. So arbeiten in einem Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern viele Menschen in der Gastronomie, wo besonders

niedrige Löhne oftmals an der Tagesordnung sind.

Die Bundesregierung muss endlich handeln: Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Das ist auch angesichts der neuen Arbeitnehmerfreizügigkeit seit dem 1. Mai 2011 dringend geboten. Es muss Schluss sein damit, dass der Steuerzahler die Lohndrückerei subventionieren muss! Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro würde sowohl die Einkommenssituation von fünf Millionen Menschen verbessern als auch eine Entlastung für die öffentlichen Finanzen von über sieben Milliarden Euro bedeuten. Das belegt eine aktuelle Prognos-Studie.

Im Rahmen der Hartz IV-Verhandlungen konnte sich die SPD mit ihrer Forderung nach einem Mindestlohn in der Zeit- und Leiharbeit, in der Sicherheits- und der Weiterbildungsbranche durchsetzen. Das war ein guter Erfolg für die insgesamt betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber die SPD wird weiter kämpfen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Er ist längst überfällig – was die heute veröffentlichten Zahlen zu den Aufstockern beweisen.

Pressedienst der SPD



Seit 24 Jahren ist Katrin Schnabel im Ortsverein der Ellertal-SPD aktiv. Zusammen mit ihrem Mann Werner gab sie immer wieder Impulse für die politische Richtung und 10 Jahre lang steuerte sie als erste Vorsitzende die Ellertal-SPD durch alle Höhen und Tiefen. Nimmermüde organisierte sie Vorträge und Veranstaltungen, kümmerte sich um jedes Mitglied persönlich, und war stets der Motor, der mit neuen Ideen versuchte, die sozialdemokratischen Grundgedanken in die Tat umzusetzen. Durch ihre offene, warmherzige und humorvolle Art gelang es ihr immer, ihre Vereinsmitglieder zu mobilisieren und für ein recht reges Vereinsleben zu begeistern. Jetzt, nachdem sie aus dem Berufsleben ausgeschieden war und sie sich mehr Zeit für ihre Hobbies, Garten, Wohnmobil und Pilzesuchen erhofft hatte, warteten plötzlich eine Menge neuer Aufgaben auf sie: das Bürgertelefon, die Seniorenbetreuung, der Einsatz für die behindertengerechte Gestaltung öffentlicher Gebäude, der Arbeitskreis des Städtebauförderprogramms, der Naturlehrpfad und, und und.... Seit 1990 auch noch Mitglied des Gemeinderates, versuchte sie jetzt sich etwas Luft zu verschaffen und bat darum, wenigstens von der Arbeit im Vorstand des Ortsvereins entbunden zu werden. Schade, denn sie war immer eine wertvolle Stimme in den Sitzungen, aber wir verstehen auch ihre Beweggründe. Wir hoffen, dass Katrin ihre Arbeit im Gemeinderat für die SPD noch lange weiterführen kann und wünschen ihr einige zusätzliche Stunden für die persönlichen Belange.

Betrachtungen eines Pödeldorfer Gemeinderats

Der Schwerpunkt der Planungen und Aktionen in den letzten Jahren im Gemeinderat war mit Sicherheit der Altort von Litzendorf.

Es gibt jedoch auch gewichtige Themen, welche den OT Pödeldorf in seiner Entwicklung voran bringen könnten.

Thema 1

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom April 2011 zur Durchführung privater Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Innerortssanierung der Zentren von Litzendorf und Pödeldorf (Bereich Pizzeria und alte Mühle) eine Satzung beschlossen, welche als freiwillige Leistung Zuschüsse der Kommune vorsieht.

Bei einer nachhaltigen gestalterischen Verbesserung des Ortsbildes beträgt die Förderhöhe bis zu 30 Prozent der förderfähigen Kosten von max. 15.000,00 €. Dies könnte manche Eigentümer im Ortszentrum von Pödeldorf dazu motivieren, hier etwas zu tun.

Im Jahre 2011 wird vom Straßenbauamt die Ortsdurchfahrt Pödeldorf endlich saniert. An-

wohner der Staatsstraße klagen ja seit langem über das Rasen auf der Staatsstraße und die hohe Lärmbelästigung. Im Zuge dieser Sanierung sollte ein Flüsterasphalt Verbesserung bringen. Im Rahmen der Sanierung wurde ferner im Gemeinderat beschlossen, zuletzt auf Antrag der SPD Gemeinderatsfraktion, dass auch der Fußweg zum Gewerbegebiet Schlemmerwiesen ortsauswärts, bisher nur ein beliebter Trampelpfad, endlich hergerichtet werden soll. Diese Maßnahme müsse im Jahre 2011 über die Bühne gehen.

Thema 2

Die Erschließung und Bebauung des Gebietes Aufseesianumwiesen in Pödeldorf wäre ein großer Schritt, um Pödeldorf in seiner baulichen Ent-

wicklung innerorts voran zu bringen.

Die Eigentümerin der bisher unbebauten Fläche, die Aufseesianumstiftung, hatte hier mit Hilfe eines Memmelsdorfer Architekturbüros versucht, private Investoren zu finden. Bisher waren diese Versuche wenig erfolgreich.

Die SPD Gemeinderatsfraktion hat mit einem Antrag Ende April 2011 nunmehr vorgeschlagen, dass die Gewobau Bamberg, Genossenschaft für Wohnungs-, Kommunal- und Gewerbebauten und in kommunaler Hand, Interesse zeigen und in diese Maßnahme einsteigen soll.

Wir hoffen und wünschen, dass die Gewobau sich ebenso wie in anderen Gemeinden auch in Pödeldorf engagiert, damit ein interessantes Wohn- und Nutzungskonzept auf den Aufseesianumwiesen entstehen kann.

*Franz-Josef Schick
Gemeinderat*

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein Ellertal

Verantwortlich:

Hans Fleischmann, Klemens Wölfel

Redaktionsanschrift:

Ellertal Post, Am Forst 7, 96123 Pödeldorf

E-Mail: fleischmann.hans@googlemail.com

Fotos: Katrin Schnabel, Hans Fleischmann

Auflage: 2600

Die Ellertal Post erscheint unregelmäßig. Sie wird kostenlos an alle Haushalte in der Gemeinde Litzendorf verteilt. Die Inhalte der Beiträge entsprechen nicht der Meinung unserer Werbepartner.



Im Gewerbegebiet „Schlemmerwiesen“ in Pödeldorf dröhnen zur Zeit die Baumaschinen – alle Grundstücke sind verkauft! Anscheinend hat der Gemeinderat hier mal wieder ein glückliches Händchen bewiesen und einen wichtigen Baustein für Litzendorf's Zukunft gelegt.

Fukushima und die Folgen

von Werner Schnabel

„Tschernobyl und die Folgen“ überschrieb ich im Mai 1986 die Titelseite einer Sonderausgabe der „Ellertal Post“ und „Unter der Lupe“ auf S. 2 sprach ich von der Erkenntnis, dass es eine sichere Atom-Technik nicht gibt. Soll ich jetzt meinen neuen Artikel „Fukushima und die Folgen“ überschreiben? Jedenfalls hoffe ich, dass diesmal die richtigen Lehren aus dieser Katastrophe gezogen werden.

Immerhin scheint es ja so zu sein, als ob plötzlich alle deutschen Politiker wissen, dass die Atomtechnik sehr risikoreich ist, auch die, die vor einem halben Jahr noch die Laufzeiten der deutschen Meiler verlängert haben.

Wie sieht es in der Parteienlandschaft wirklich aus? Der FDP und ihrem Bräuderle traue ich hier nicht über den Weg. Und ob der plötzlich zum größten Atomkraftgegner mutierte Horst Seehofer morgen noch weiß, was er heute gesagt hat, weiß wiederum ich nicht. Die Grünen kennen die Risiken der Atomwirtschaft, schließlich sind sie ein Kind der Anti-AKW-Bewegung. Und zu den Vätern dieser Bewegung gehören viele Sozialdemokraten, was anscheinend niemand mehr weiß.

Einer der Vorreiter war Michael Müller. Der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete (1983–2009) und heutige Bundesvorsitzende der „Naturfreunde“ organisierte schon Anfang der 70er Jahre – die Grüne Partei gab es damals noch nicht – die ersten Anti-AKW-Demonstrationen zusammen mit Jo Leinen, dem späteren Umweltminister im Saarland und heuti-

gen EU-Abgeordneten. Oder Erhard Eppler, viel gefragter Redner auf solchen Demonstrationen, der als Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg Ende der 70er Jahre den ersten Atomausstiegs-Beschluss durchsetzte. Leider wurde dies im „Ländle“ erst jetzt mehrheitsfähig.

Klaus Traube, Ernst Ullrich von Weizsäcker, Björn Engholm: sozialdemokratische Politiker, die schon früh zu den Köpfen der Anti-AKW-Bewegung gehörten. Und nicht zu vergessen Johannes Rau, der als Ministerpräsident von NRW gegen massiven Widerstand der Kohl-Regierung die Inbetriebnahme des schnellen Brütters in Kalkar und damit den Einstieg Deutschlands in die Plutonium-Wirtschaft verhinderte. Heute ist dort ein Vergnügungspark mit einem riesigen Karussell im Kühlturm! Oder der letztes Jahr verstorbene Hermann Scheer, Präsident von Euro-Solar, der für seinen wegweisenden Ein-

satz für den Ausbau der Solar-energie 1999 mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Und die SPD im Ellertal? Wir haben uns schon 1981 in einer dreitägigen Veranstaltungsreihe in Pöddeldorf mit den Risiken der Atomenergie auseinander gesetzt. Wir wussten schon damals, dass Kernkraftwerke die teuerste und gefährlichste Art der Stromgewinnung sind. Und als die SPD auf ihrem Bundesparteitag 1984, also zwei Jahre vor Tschernobyl in Essen den Ausstieg aus der Atomenergie beschloss, habe ich als Delegierter des Unterbezirks Bamberg-Forchheim meine Hand schon an der richtigen Stelle gehoben.

Hoffen wir, dass nach der Katastrophe von Fukushima in Deutschland eine konsequente Ausstiegspolitik durchgesetzt wird, die dann auch auf andere Staaten abfärbt. Dann hätte dieses Unglück wenigstens auch eine gute Seite.

Atomausstieg ist machbar, Herr Nachbar

Wie kann ich selbst zur Energiewende beitragen? Das fragen sich vielleicht viele Bürger. Nun, das ist ganz einfach: Den Stromanbieter wechseln! Weg von den Großkonzernen hin zum Ökostrom.

Unter www.bund.net/stromwechsel findet sich ein Tarifrechner, mit dem man die Preise verschiedener seriöser Ökostrom-Anbieter vergleichen kann. Dort kann man jeweils auch gleich einen

Antrag herunterladen. Diesen Antrag ausfüllen, unterschreiben und wegschicken. Mehr muss man nicht machen!

Vor allem muss man den bisherigen Stromliefervertrag nicht kündigen, das macht der neue Anbieter und so ist gewährleistet, dass es keine Unterbrechung in der Stromlieferung gibt.

Zeigt den Atomkonzernen die rote Karte!



Heinrich Sperber

Kfz-Meisterbetrieb und -Handel

Schlemmerwiesen 4 – Gewerbegebiet

96123 Pödeldorf

Tel.: 095 05 / 80 0123 – Fax: 80 0124

Mobil: 0171 / 718 68 69

Reparaturen Fahrzeuge aller Art

Unfallinstandsetzung

**Unterbodenkonservierung
zum Erhalt Ihres Fahrzeuges**

TÜV/AU im Haus

Reifenwechsel mit Einlagerung der Reifen

Gebrauchtwagenverkauf



Wussten Sie schon??...

... mit der aktuellen Terrordebatte die CSU die Vorratsspeicherung von Telefon-, E-Mail- und Internetdaten aller Bürger/innen durchsetzen will: Ohne jeden Anlass – jeder wird verdächtigt. Unser Recht auf ein selbstbestimmtes und privates Leben ist in Gefahr.

... Frau Kristina Schröder, unsere aktuelle Familienministerin, den Rechtsanspruch der Familien auf einen Kita-Platz – absichtlich oder nicht – verschleppt und so tausende Familien um ihr gutes Recht bringt. Schließlich hat sie dazu einen Auftrag bekommen und versucht sich jetzt mit dem Argument der leeren Kassen aus der Verantwortung zu stehlen.

... die Kürzungspläne der Regierung bezüglich des Städtebau-Förderungsgesetzes auch unsere Gemeinde erheblich treffen würden.

... nach dem 7-Flüsse-Projekt die CSU jetzt Mittel beantragt hat, um den Strandzugang zum Jurameer wieder für den Tourismus nutzbar zu machen. EU-Mittel sollen bereits in Aussicht gestellt sein.

... die Pflanzentauschbörse vor dem Bürgerhaus ein voller Erfolg war.

... sich im Rahmen des Jubiläumsfestes des Gartenbauvereins in Melkendorf am Sonntag die Regionalvermarkter der Gemeinde vorstellen werden.

... sich zwar viele Autofahrer schon für das „Fahr mit“-Projekt gemeldet haben, aber die Mitfahrer sich anscheinend noch nicht recht trauen.

... demnächst in Lohndorf die Gründung eines Faltbootclubs geplant ist, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu eröffnen, die wunderbare fränkische Toskana vom Wasser aus zu bewundern!

... eine der Stoibertöchter auch ihren Dokortitel wegen Plagiatsvorwürfe zurückgeben musste!

... Litzendorf immer mehr zum Mekka der Mountainbiker wird und Bürgermeister Möhrlein plant, einen Tagesabschnitt des Giro d'Italia wegen der Affinität zur Toskana nach Litzendorf zu holen!